

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

40. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.11.2009
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:03 Uhr
Ort, Raum: Dammweg 241 in 12057 Berlin, Kinderclubhaus Dammweg

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Khalil, Nader	CDU	
Schwarzer, Christina	CDU	
von Kieseritzky, Rother	FDP	Vertretung für: Wittke, Franz
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	
Haese, Axel	Human. Verband	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	
Peter, Marion	Bezirksselternausschuss	
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	
Stratmann, Martin	Parit. Wohlfahrtsverband	Vertretung für: Ahrens, Jens Holger
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JudDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Harras, Katrin	JugDez 1
Ortmann, Gerd	Jug Z 2
Bethge, Vera	Jug NO L
Mitbach, Erich	Jug NW L
Hoppe, Axel	Jug Süd L
Thurley, Marion	Jug FS L
Hoffmann-Till, Monika	Kinderbüro

Gäste:

Illigens, Aline	MaDonna
Zeeck, Roland	AKTION 70 e.V.
Gesenhoff, Judith	Diak. Werk Neukölln
Potschka, Anita	EJF, KJHZ Neukölln
Stokowski, Danuta	AIEH-Träger für poln. Familien
Müller, Anja	Kinderbüro (Praktikantin)

Abwesende:

Wagner, Heinz	Grüne	entschuldigt
Wittke, Franz	FDP	entschuldigt
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	entschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	entschuldigt
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 40. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu 1 Protokoll der 39. Sitzung

Das Protokoll der 39. Sitzung liegt bereits dem BVV-Büro vor. Eine Abstimmung über eventuelle Änderungsvorschläge erfolgt in der 41. Sitzung am 03.12.2009.

zu 2 Kiez AG

Es sind keine Vertreter der Kiez AG anwesend.

zu 3 Ergebnisse der U18-Wahl

An der U18-Bundestagswahl am 18.09.2009 haben bundesweit ca. 127.000 Kinder und Jugendliche unter 18 teilgenommen. Sieger wurde die SPD mit 20,45 % der Stimmen, dicht gefolgt von den Grünen mit 20 %.

Bundesweit wurden rund 1000 Wahllokale für die Abstimmung geöffnet. Dazu wurden Schulen, Freizeiteinrichtungen und weitere Orte genutzt, an denen sich Kinder und Jugendliche für gewöhnlich aufhalten.

In Neukölln standen 35 Wahllokale für die Wahl zur Verfügung. Rund 2300 Kinder und Jugendliche nahmen teil, davon 43 % Mädchen und 56 % Jungs. Die Wahllokale waren in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen öffentlicher und freier Träger erreichbar sowie 2 als mobile Wahllokale.

In Neukölln führte die SPD mit 30,8 %, gefolgt von den Grünen mit 21,11 % und den Linken mit 15,75 %. Insgesamt betrachtet wurde das Projekt gut angenommen und von den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sehr Ernst genommen.

Frau Schwarzer möchte wissen, wie hoch das politische Interesse der Jugendlichen ist. Fr. Hoffmann-Till meint, dass Interesse ist abhängig davon, wie Erwachsene (Vorbilder) mit Politik umgehen und vermitteln. Bei arrangierten Treffen zwischen Politikern und Jugendlichen konnten Themen angesprochen werden, die die Jugendlichen interessierten und zu denen sie auch einen persönlichen Bezug hatten. Damit wird das Interesse für die Politik extrem geweckt.

Herr Haese (Humanistischer Verband Dtl.) erkundigt sich nach der Nachbereitung der U18-Wahl. Frau Hoffmann-Till meint, dies sei den Einrichtungen selbst überlassen.

Fr. Heinemann (Mädchenarbeit) betont, dass die Parteien für das Bildungsniveau der meisten Jugendlichen viel zu abstrakt sind. Genau deswegen sollte man die U18-Wahlen fortsetzen um damit den persönlichen Bezug der Jugendlichen zur Politik zu stärken.

zu 4 Neues aus dem Neuköllner Kinderbüro (Herbstausstellung, Forschenspiel Nord-West)

Unter dem Motto „Schlechte Zeiten - Gute Zeiten“ werden die diesjährigen Projekte und Ergebnisse des Neuköllner Kinderbüros für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vom 29. Oktober bis 26. November 2009 im Foyer der 2. Etage des Rathaus Neukölln präsentiert.

Unter dem Schwerpunkt Kinderrechte werden die Kinder auch in diesem Jahr zum Mitmachen eingeladen. Dabei gibt es viel über die wichtigsten (Grund)Rechte und Pflichten zu lernen und soll zum Nachdenken und Diskutieren angeregt werden. Die Kinder sollen erfahren, dass demokratische Regeln für die Gestaltung des Zusammenlebens wichtig sind, damit unterschiedlichste Interessen und Bedürfnisse des Einzelnen beachtet werden und keiner zu kurz kommt.

Dazu können die Kinder während eines Theaterworkshops in neuen lebensnahen Spielanlässen ihre Rechte erproben und beurteilen. Nach der Präsentation der Ergebnisse erhält jeder Teilnehmer ein Kinderrechtsheft und eine Urkunde.

Frau Hoffmann-Till wird Ende 2010 in den Ruhestand gehen. Frau Knörr möchte wissen, wie die Nachfolge-Perspektive aussieht.

Frau Vonnekold würde sich eine zeitnahe Stellenneubesetzung wünschen, um eine gute Übergabe zu gewährleisten.

zu 5 Vorstellung des Kinderclubhauses

Hr. Georg Hendrich, Leiter des Kinderclubhauses Dammweg, stellt die Einrichtung vor. Das Kinderclubhaus wird von Kindern im Alter von 6 bis 13 Jahren besucht. 70 % der Kinder haben einen Migrationshintergrund.

Die Angebote des Clubhauses sind sehr vielfältig, so dass für jeden was dabei ist. Zu den Angeboten gehören das „Inline-Hockey“, kreative Spiel- und Bastelmöglichkeiten, Sport- und Bewegungsspiele, Hausaufgabenhilfe, Fahrradwerkstatt und vieles mehr.

Da bei den Kindern ein großes Interesse an einer Qualifikation im Bereich Computer besteht, gibt es im Bereich Medienarbeit die Möglichkeit, einen Junior-Comp@ss und den Net-Comp@ss zu erwerben.

Hervorzuheben ist die Teilnahme an dem Computerprojekt @nien, welches eine Mischung aus Stadtspiel und Multimedia-Wettbewerb ist. Während einer Projektwoche bilden sich Teams und treten gegeneinander an. Jeden Tag wird eine Aufgabe bearbeitet, die auf einer Internet-Plattform präsentiert wird. Als Preis gilt es einen Wanderpokal zu gewinnen oder zu verteidigen.

Außerdem gibt es in der Einrichtung eine intensive Arbeit mit arabischen, türkischen und südosteuropäischen Kindern und deren Eltern, die dabei unterstützt werden, ihre häusliche Atmosphäre zu verlassen, um im Kinderclubhaus neue soziale Kontakte zu knüpfen. Neben Deutschkursen und Erziehungsfragen stehen Gespräche in schulischen und behördlichen Angelegenheiten auf der Tagesordnung.

Ein Highlight dieses Jahr ist das 30-jährige Bestehen des Kinderclubhauses. Zu dem Anlass soll eine Aktions- und Veranstaltungswoche durchgeführt werden. Das Projekt wird aus verschiedenen Teilmodulen bestehen, welche Kinder als auch Eltern ansprechen soll.

Die Veranstaltungswoche soll für einen Rückblick auf die vergangenen drei Jahrzehnte genutzt werden, um innovative Akzente für die Zukunft zu setzen, damit mehr Kinder und auch Eltern für die Angebote im Kinderclubhaus begeistert werden können.

Zu den geplanten Aktionen gehört unter anderem eine Musikband, ein Spieletag mit Kinder und Eltern, ein Arabischer Tag mit traditioneller Musik und traditionellen Tänzen für Jung und Alt, eine Theateraufführung und vieles mehr.

zu 6 Filmvorführung des Kinderclubhauses (ca. 45 Minuten)

Im August 2008 fand ein vom Kinderclubhaus Dammweg organisiertes Sommercamp „Name Stadt Land“ statt. 25 Kinder aus Berlin-Neukölln besuchten mit ihren Betreuern die Freie Schule Rügen und trafen dort auf die Kinder dieser Schule. Viele der Berliner Mädchen und Jungen haben noch nie mit ihren Eltern Urlaub gemacht oder das Meer gesehen. Das Sommercamp findet unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ statt. Den drei Säulen der Gesundheit (Ernährung, Bewegung, Entspannung) wird in den vier Tagen Rechnung getragen.

In einem 20-minütigen Film können sich die JHA-Mitglieder und Gäste ein lebhaftes Bild über die Eindrücke und Erlebnisse der 4 Tage machen.

zu 7 1. Report: Externes Fachcontrolling beim Jugendamt Neukölln

Der Report wurde im letzten JHA-Termin verteilt, um ihn heute zu diskutieren.

ERGEBNISSE

- § 35 a SGB VIII

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes moniert die teilweise fehlenden, zwingend erforderlichen Prüfungen nach der Beeinträchtigung der Teilhabe am Leben. Außerdem reiche die Vorlage eines unbegründeten Schulpsychologischen Gutachtens, wie in der Praxis gehandhabt, auf keinen Fall aus, um das Kind dem Personenkreis nach § 35 a SGB VIII zuzuordnen. Für die intensive Prüfung der Fälle empfiehlt sie die Einrichtung einer Fachstelle im Sinne eines Fachcontrollings.

Die Anregung der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes hat dazu geführt, dass derzeit seitens der Schulpsychologie definierte Zuordnungen fachdienstlich durch den Leiter der Psychosozialen Dienste überprüft werden. Dort könnte bei Kindern, die nicht im Jugendamt bekannt sind, auch von den dortigen Sozialarbeitern die Bedingung einer Teilhabestörung festgestellt werden.

Bei Kindern und Jugendlichen, die bereits dem RSD bekannt sind, sollte dies die fallzuständige Fachkraft im RSD prüfen.

Gleichwohl die Prüfung einer Teilhabestörung reguläres Handwerkszeug in der Sozialarbeit ist, wird das Jugendamt (fachliche Steuerung) zu diesem Thema Anfang 2010 gezielte Fortbildungen anbieten, sodass dann in jedem Team eine speziell für strittige Konstellationen informierte Fachkraft arbeitet.

Für diese Fragestellung eine besondere Fachstelle einzurichten, ist angesichts der Neuköllner Personalausstattung nicht vertretbar.

- § 20 SGB VIII

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes merkt Unsicherheiten in der Zuordnung der Hilfen an. In Fällen, in denen von Sozialarbeitern eine Unterbringung gem. § 33 SGB VIII oder § 34 SGB VIII installiert wurde, wurde ihrer Meinung nach nicht erkannt, dass eine Unterbringung nach § 20 SGB VIII richtig gewesen wäre. Durch diese Fehlzuordnung seien dem Jugendamt Neukölln Refinanzierungsmöglichkeiten durch Kostenerstattung der vorrangig leistungspflichtigen Krankenkassen verloren gegangen.

Frau Vonnekold merkt dazu an, dass der Bereich des § 20 bereits im Ansatz gnadenlos unterausgestattet ist und sich der dieses Jahr erstmalig nicht verstärkte Titel jeglicher Steuerung entzieht. Da eine Hilfe in diesen akuten Fällen jedoch eingeleitet werden muss, hat man leider keine andere Wahl, als diese Hilfen gem. §§ 33 und 34 SGB VIII zu installieren. Aber auch dass in seltenen Fällen eine Fehleinschätzung vorliegt, möchte Frau Vonnekold nicht abstreiten.

Herr Hoppe, Leiter der Region Süd-West, betont noch einmal, dass die Unterbringungen nach §§ 33 und 34 SGB VIII mehr dem Umstand geschuldet sind, dass der Titel des § 20 VIII nicht mehr bedient werden kann, als der Zuordnungs-Unsicherheit der Sozialarbeiter.

Frau Pohl möchte wissen, wie hoch die ungefähre Kostendifferenz ist.

Frau Vonnekold teilt mit, dass die Kostendifferenz ohne Einbezug der Refinanzierung durch die Krankenkassen unter 100.000,- € liegt. Mit Einbezug der Refinanzierung liegt die Differenz bei ca. 40.000,- €.

Herr Khalil möchte wissen, wie in Zukunft damit umgegangen wird, und ob die Refinanzierung ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Frau Vonnekold versichert, dass weiterhin alles versucht wird, um den Titel des § 20 SGB VIII zu verstärken. Herr Ortmann teilt dazu mit, dass eine Prüfung des Rechnungshofes ergeben hat, dass alle Kollegen im Jahr 2007 die Kosten bei den Krankenversicherungen richtig abgerechnet haben. Er betont auch, dass das größte Problem die erstmalige Nicht-Verstärkung des Titels für den § 20 SGB VIII sei.

- Weiterhin fiel der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes auf, dass 39 % der neuen Hilfen ambulante Hilfen gem. § 30 bzw. 31 SGB VIII waren. Außerdem merkt sie an, dass für 70 neue ambulante Hilfen die „höchst mögliche Stundenzahl“ bewilligt wurde. Sie stellt fest,

dass während ihrer Tätigkeit die Höchststundenzahl für ambulante Hilfen von 166 auf 156 Stunden in 6 Monaten (runtergerechnet von 6,4 FLS/Woche auf 6 FLS/Woche) gekürzt wurde.

Frau Vonnekold berichtet, dass es eine Arbeitsanweisung gibt, nach der sie über alle Hilfen, die über 6 Stunden/Woche - und damit über dem Durchschnitt der Berliner Werte - liegen, informiert werden muss, um die HzE-Kosten gering zu halten. Frau Vonnekold geht hier von einem Missverständnis aus. Denn die „Höchststundenzahlen“ bewegen sich bei 12-18 Stunden, die in begründeten Einzelfällen notwendig sein können.

Frau Schwarzer fragt nach, wie hoch der Durchschnitt der bewilligten Stunden ist und ob wirklich der Großteil bewilligt wird.

Laut Frau Vonnekold liegt der Durchschnitt in Neukölln etwas über 6 Stunden/Woche. Der Mittelwert liegt landesweit bei knapp über 5 Stunden. Ein Großteil der Fälle wird bewilligt, weil die Installation der Hilfe dann auch nötig und gut begründet ist.

Herr Mitbach, Regionalleiter der Region Nord-West, betont, dass gerade an der unteren Grenze des Vertretbaren gearbeitet wird. Wenn Hilfen denn auch langfristig helfen sollen, kann man nicht immer unter dem Durchschnitt liegen.

Frau Dr. Gallus-Jetter ergänzt, dass man nicht aus dem Auge verlieren sollte, dass eine höhere Stundenzahl in einer ambulanten Hilfe möglicherweise eine stationäre Unterbringung mehrerer Kinder der Familie verhindert und damit auf lange Sicht Kosten senkt. Des Weiteren ergibt sich der Anstieg der ambulanten Hilfen aus der erhöhten Zahl der Kinderschutzmeldungen. Außerdem soll es vermieden werden, Kinder sofort aus ihren Familien zu nehmen.

- Der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes fällt bei der Durchsicht der neuen Hilfen auf, dass viele Kinder Jugendhilfe benötigen, weil sich seelische Probleme aus einer Übergewichtigkeit ergeben.

Frau Dr. Gallus-Jetter sieht das genauso, sieht jedoch das Problem darin, dass präventive Maßnahmen hierzu schon im Kita-Alter ergriffen werden müssten und auch dafür keine Gelder verfügbar sind.

AUFFÄLLIGKEITEN /EINSCHÄTZUNGEN /EMPFEHLUNGEN

- a) Die Einschätzung, dass durch die sozialräumliche Vernetzung schnellere Reaktionen der RSD möglich sind und dadurch präventiv mit der Installation ambulanter Hilfen reagiert werden kann und teurere stationäre Maßnahmen verhindert werden können, kann von hier nur bejaht werden.
- b) Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes moniert, dass durch die Abgabe von Clearingaufträgen an freie Träger - begründet durch die hohe Fallbelastung - mehr und aufwendigere Hilfen entstehen. Dies begründet sie mit den wirtschaftlichen Interessen der Träger.

Frau Vonnekold kann diese Ausführungen nachvollziehen. In Anbetracht der herangezogenen Vergleiche von Fallzahlen pro Mitarbeiter zu Duisburg und dem Bezirk Mitte weist sie darauf hin, dass Kosten reduzierende Aktivitäten in Neukölln schwieriger durchzuführen sind als in anderen Jugendämtern.

- c) Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes ist sich nicht sicher, ob die Auslagerungen der Sozialarbeit an freie Träger zu Kostenersparungen führen können. Sie sieht es kritisch, da die freien Träger nicht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit unterliegen und die Verwaltung der freien Träger auch finanziert werden muss.

Herr Petzold (Ev. Kirche) ist empört über diese Äußerungen und empfindet sie als Unterstellung und vermutet eine Unwissenheit im Bereich Controlling bei der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes, die zu diesen Ausführungen geführt hat.

- d) Durch die Schulsozialarbeit an den Hauptschulen und die künftige Erweiterung in Kindertagesstätten und Grundschulen rechnet die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes mit steigenden Kosten im Bereich der ambulanten Hilfen.

Dieses sieht Frau Vonnekold genauso, findet diese Präventionsmaßnahmen im Kinderschutzbereich aber sehr wertvoll.

Herr Petzold betont, dass Präventionsmaßnahmen erst einmal kostenintensiv sind, aber auf lange Sicht gesehen die Kosten im Bereich der stationären Unterbringung senken können.

Frau Dr. Gallus-Jetter erinnert daran, nicht zu vergessen, dass sich Präventionsmaßnahmen erst Jahre später auswirken.

Frau Finger fragt nach, ob man sich um Einsparungen im Bereich Prävention bemüht.

Dazu meint Frau Vonnekold, dass bei den Präventionskosten gespart werden müsste, wenn die HzE-Kosten sich nicht stabilisieren oder sogar sinken. Spart man jedoch an den Präventionskosten, erhöht man damit langfristig die Kosten der teuren HzE. Man müsse geschickt Kosten senken, um die Kostenstruktur zu stabilisieren.

- Nachbetreuung von jungen Volljährigen

Herr Ortmann ist der Meinung, dass diesbezüglich noch einmal Rücksprache mit der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes geführt werden sollte, da § 41 (3) SGB VIII doch hauptsächlich auf eine weiterführende Beratung in geringem Umfang abzielt, die sinnvoll ist, wenn der junge Volljährige beim Übergang in die Selbstständigkeit angemessen stabil ist. Es gibt aber immer auch Fälle, die eine stärkere Stütze brauchen, damit das selbstständige Leben gelingt, hier ist übergangsweise die Installation einer Hilfe angezeigt.

- Familienhelfer/in mit Migrationshintergrund

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes bemängelt, dass für nicht ausgebildete Familienhelfer freier Träger der volle Stundensatz wie auch für eine ausgebildete Fachkraft in Rechnung gestellt werde.

Dazu teilt Frau Vonnekold mit, dass die Familienhelfer nicht mehr wie früher nach unterschiedlichen Sätzen, sondern nun - nach Vorgabe der Senatsverwaltung - nach Fachleistungsstunden bezahlt werden, unabhängig davon, wer sie durchführt. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass sich die Träger zu einem Qualitätsstandard verpflichtet haben, den sich das JA auch einfordert.

Frau Thurley erinnert sich an einen Fall, der auf die Ausführungen der externen Mitarbeiterin zutrifft und denkt, dass hier pauschalisiert wurde. Die Zusammenarbeit mit einem Träger, der die Qualität nicht einhalten konnte, wurde eingestellt.

- Krisenunterbringungen

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes ist der Meinung, dass Aufenthalte in Krisenunterbringungen auf Grund der Höhe der Kosten (am Bsp. Nogat 7) so kurz wie möglich gehalten werden sollten.

Dem pflichtet Frau Vonnekold bei, merkt aber an, dass zu lange Unterbringungen in Kriseneinrichtungen daher rühren, dass angemessene Anschlussunterbringungen zu schwer zu finden sind, da der Markt momentan einfach zu klein ist.

Frau Finger möchte wissen, ob Frau Vonnekold die Krisenunterbringungen zu teuer findet. Frau Vonnekold begründet die hohen Kosten mit dem hohen Personalbedarf, der berechtigt ist, solange es sich um eine echte Krisenunterbringung handelt, aber auch für „Wartezeiten“ vorhanden ist und bezahlt werden muss.

Frau Bethge betont, dass die Region Nord-Ost nur gute Erfahrungen mit der Kriseneinrichtung Nogat 7 gemacht hat.

Herr Zink, Leiter von Nogat 7 erklärt, dass Verhandlungen zu modularisierten Kostensätzen angedacht sind, aber momentan von der Senatsverwaltung ausgebremst werden.

Frau Pohl denkt, dass es der externen Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes mehr um einen Vergleich im Preis-Leistungsverhältnis verschiedener Kriseneinrichtungen geht als darum, Nogat 7 direkt anzugreifen.

Herr Paetzold jedoch sieht dies als direkten Angriff.

Herr Ortmann fügt hinzu, dass die Tagessätze der Kriseneinrichtungen im Vergleich bei gleicher Leistung doch relativ ähnlich hoch sind.

- **Installierung der Hilfen**

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes sieht einen dringenden Weiterbildungsbedarf bezüglich der gesetzlichen Zuordnung von zu installierenden Hilfen.

Frau Vonnekold weist noch einmal darauf hin, dass auf Grund der schlechten Ausstattung einiger Titel des Haushaltsplans dringend erforderliche Hilfen teilweise bewusst anders zuzuordnen sind, um ihre Finanzierung sicherzustellen.

- **Fallübergaben an andere Bezirke**

Die externe Mitarbeiterin des Steuerungsdienstes merkt an, dass im Bezirk Neukölln unnötig hohe Kosten entstehen, da bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit auch Akten angenommen werden, deren Aktenführung nicht einwandfrei ist. Diese Haltung erfährt Neukölln nicht von anderen Bezirken.

Frau Vonnekold ist dieses Problem bekannt. Während Neukölln in der Hinsicht versucht fair mit anderen Bezirken umzugehen, erfährt man aus anderen Bezirken anderes. Sie weist darauf hin, dass bei zeitlicher Verzögerung, beispielsweise aus dem fadenscheinigen Grund, die Akte sei nicht korrekt durchnummeriert, die Hilfequalität sinkt. Man solle die dahinter stehenden Familien und die dort benötigte Hilfe nicht vergessen.

Abschließend stellt Frau Vonnekold fest, dass im Bericht sehr deutlich wird, dass die Qualität der Arbeit, vor allem in den kostenintensiven Bereichen, sehr gut ist und kostengünstigeres Arbeiten durch die sehr enge Personalsituation erschwert wird. Das Jugendamt wird sich bemühen durch noch deutlichere Unterstützung der Untersuchungen künftig Missverständnisse rechtzeitig auszuräumen.

Frau Finger bittet Frau Vonnekold im Hinblick auf die weiteren Ergebnisse des Fachcontrollings um kontinuierliche Berichterstattung.

Die Vorsitzende Frau Finger muss den Ausschuss wegen eines Termins verlassen. Frau Schwarzer vertritt sie für den Verlauf des Ausschusses.

zu 8 Mitteilungen

- Die Ausschreibung der Stelle der kaufmännischen Geschäftsführung ist in der Ausgabe des Amtsblattes für Berlin vom 30.11.2009 erschienen.
- Letzte Woche wurde die 5. Neuköllner Fußballliga mit der Verteilung der Pokale beendet. 7 Mannschaften aus Neuköllner Kinderfreizeiteinrichtungen kämpften von März bis November in Hin- und Rückspielen gegeneinander. Den ersten Platz belegte letztendlich das Nachbarschaftsheim Neukölln.
- "Ein starkes Stück Neukölln"
Eine Klasse der Herrmann-von-Helmholtz-Schule präsentiert am 19.11. um 18:00 Uhr im JugendKulturZentrum in der Wutzkyallee 88 ihr Theaterstück über das friedliche und partnerschaftliche Miteinander von Menschen aller Länder und Kulturen in Neukölln.
Gefördert wurde das Projekt im Rahmen des Lokalen Aktionsplan Neuköllns aus Mitteln des Bundesprogramms "Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"
- Bei der Veranstaltung des 4. Kinderschutzfachtages, vom 4.11. auf den 25.11. verlegt, finden sich die Fachkräfte der öffentlichen und freien Träger der Neuköllner Jugendhilfe zusammen, um sich über "Kinderschutz im frühen Kindesalter" zu informieren und ihre Kooperation miteinander zu verbessern.

- Das Bundesprojekt „Neue Wege für Jungs“ möchte auf seinen Medienwettbewerb mit dem Titel „Typ2020 – was morgen zählt“ aufmerksam machen. Der Wettbewerb fordert Jungs bis 18 Jahren dazu auf, sich mit ihrer persönlichen Zukunft zu beschäftigen, sich kritisch zu gesellschaftlichen Fragen zu äußern. Nebenbei hilft der Wettbewerb dabei ihre Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit auszubauen. Die Arbeiten können im Audio-, Video-, Print- oder Multimediaformat eingereicht werden.

Zu gewinnen gibt es attraktive Sachpreise.
Teilnahmeschluss ist der 28. Februar 2010.

zu 9 Nächste Sitzung: 3. Dezember 2009

Die nächste Sitzung findet am 03.12.2009 im Anton-Schmaus-Haus (Die Falken), Gutschmidtstraße 37, 12359 Berlin statt.

Berlin-Neukölln, den 7. Dezember 2009



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses



Christina Schwarzer
Stellv. Ausschussvorsitzende

Harras
Protokollführung